

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

## 1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

weil in der „Kornkammer Ukraine“ die Frühjahrsaussaat kriegsbedingt stockt, dürfte es für jeden gerecht denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, alles Erdenkliche für eine Steigerung der deutschen Nahrungsmittelproduktion zu tun. Dies wäre allein schon deshalb ein leichtes Unterfangen, weil in den letzten Jahren aus den verschiedensten politischen und ökologischen Gründen Anbauflächen in großem Stil stillgelegt wurden und es auf den verbliebenen Feldern unter anderem zu strikten Fruchtfolge- und Düngungs-Vorgaben kam, die vielleicht ökologisch geboten erscheinen, aber in keinem Falle einer Ertragsmaximierung dienen.

Doch statt angesichts der für das nächste Jahr absehbaren Nahrungsmittel-Knappheit der deutschen Landwirtschaft die Erlaubnis zu geben, so viel wie nur möglich zu produzieren, möchte der deutsche Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) auch weiterhin auf die Bremse treten. Weil die Versorgung der Europäischen Union mit Weizen nicht gefährdet sei, dürfe man die „ersten Schritte“ der europäischen Agrarpolitik hin zur Förderung einer klima- und umweltschonenden Landwirtschaft nicht zurückstellen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Weltweit nehmen Ideologen wie Özdemir Hunger und soziale Unruhen in den ärmsten Ländern der Welt offenbar bewußt in Kauf, weil sie das von ihnen für die fernere Zukunft auserufene Ziel eines angeblichen „Klimaschutzes“ nicht einmal um ein paar Jahre hinauschieben wollen. Sie berufen sich dabei auf meteorologische Modelle, mit denen es sich angeblich auf Jahrzehnte hinaus genau berechnen läßt, welcher CO<sub>2</sub>-Ausstoß jetzt zu welcher Erderwärmung in z.B. 50 Jahren führen soll. Gleichzeitig ist es der meteorologischen Forschung aber noch heute nicht möglich, mit Berechnungsmodellen aufzuwarten, mit denen das morgige Wetter mit Sicherheit vorhergesagt werden könnte. Es gebe dafür – so lautet die ständige Begründung und Entschuldigung – ganz einfach noch viel zu viele unbekannte Wirkungszusammenhänge. Komisch, daß dies nur für das morgige Wetter gilt, nicht aber für das grundsätzliche Wettergeschehen in 50 Jahren . . .

Ohne die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des Umweltschutzes an sich in Frage zu stellen, muß doch der an Özdemir und seine grünen Genossen gerichtete Vorwurf eines gewissen Zynismus gestattet sein, weil sie ganz offenkundig ihre grüne Ideologie über die Gefahr des Hungers und des Todes von Menschen stellen. Und gleichzeitig, auch das muß gesagt sein, spielen sie damit Russland nur in die Hände. Denn neuer Hunger in der Dritten Welt oder manchen arabischen Staaten würde zwangsläufig zu einem neuen Migrationsdruck in Richtung Westeuropa führen.

Einen ähnlich fatalen Fehler begeht nach Auffassung mancher anderer Experten auch der ebenfalls grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Es ist zwar richtig, wenn er derzeit versucht, neue Gaslieferquellen zu erschließen, wengleich sich Deutschland damit teilweise (man denke nur an die arabischen Staaten) auch in die Hände weiterer Despoten begeben wird. Doch gleichzeitig übersieht der ebenfalls ideologiegetriebene Habeck die Möglichkeit des problemlosen Weiterbetriebs von sechs deutschen Kernkraftwerken (die drei per 31.12.2021 stillgelegten und die drei noch für den Rest dieses Jahres betriebenen Anlagen). Würden sie weiterhin betrieben, könnten sie den für die Stromerzeugung erforderlichen Erdgasbedarf verlässlich um 12 % senken. Obwohl diese Zahl auch dem Wirtschaftsministerium bekannt sein muß, sieht man dort in einer Kernkraftwerk-Laufzeitverlängerung „nur einen sehr begrenzten Beitrag“ zur Lösung des Energie-Debakels, das uns erwartet. Auch hier wird der deutsche Kernkraft-Verzicht letztlich zu Lasten derjenigen Länder gehen, die zur Stromerzeugung weitgehend auf den Bezug von Kohle oder Gas angewiesen bleiben. Und er wird einigen Nachbarländern Deutschlands beim Weiterbetrieb alter Kernkraftwerke helfen, deren Sicherheitsstandards längst nicht die deutschen Normen erreichen.

Der Ukrainekrieg und die als Antwort darauf verschärften Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben mehr als deutlich gemacht, daß sich die Welt zugleich in einem globalen Wirtschaftskrieg befindet. Dieser wird aus bekanntem und anerkanntem Grund derzeit vor allem gegen Russland geführt. Doch das Blatt könnte sich schnell wenden (oder gar erweitern), und dann würde China zu unserem auch öffentlich erklärten „Angstgegner“. Geht es nach Habeck, Özdemir und Kollegen, wird insbesondere Deutschland dem dann herrschenden Treiben noch weitaus schutzloser als bisher ausgeliefert sein. Man kann dies ablehnen oder auch nicht – die Ehrlichkeit gegenüber den deutschen Wählern würde jetzt eine offene Diskussion über diese Frage und die Gründe nahelegen. Doch dazu fehlt den entscheidenden Personen offenbar der Mut . . . (tb)

## 2 Kanada führt Notstandsgesetze ein

Die nicht nur von ihnen als absurd wahrgenommenen Corona-Bestimmungen in Kanada haben die LKW-Fahrer zu Massenprotesten bewegt. Insbesondere Grenzabfertigungsmißstände hatten Zustände erreicht, die für Teile des kanadischen Transportgewerbes zu schwerwiegenden Problemen führten. Hinzu kommen die auch in Kanada dramatisch gestiegenen Kraftstoffpreise, die möglicherweise auch das Fass zum Überlaufen gebracht hatten.

Die kanadische Regierung hat nun die gegen sie gerichtete Wut der Bürger und den von ihnen erzeugten Widerstand dazu genutzt, die Demokratie durch Einführung von Notstandsgesetzen auch in Kanada weitgehend außer Kraft zu setzen. Damit folgt Kanada dem Weg Frankreichs, Deutschlands und Australiens, deren Regierungen sich allesamt ähnliche Notstandsgesetze mit im Grunde diktatorischen Eingriffsmöglichkeiten für die Administration bzw. Regierung einräumen ließen.

Jetzt ist theoretisch der Weg offen, aus den einstigen „repräsentativen“ Demokratien „Diktaturen“ werden zu lassen, in denen per Notstandsregierung auch dauerhaft diktatorisch regiert werden könnte. Dies ist besonders in den Fällen dramatisch, in denen die Notstandsregelungen nicht automatisch und zwingend enden, sondern beliebig verlängert werden können oder sogar von vornherein dauerhaft eingeführt wurden. Frankreich wird bereits seit der Regierung François Hollandes per Notstandsgesetzgebung regiert. Und auch in Deutschland wurde der Regierung bzw. dem Gesundheitsminister ebenfalls eine fast diktatorische Regierungsmacht gesetzlich eingeräumt. Interessanterweise kann diese fast beliebig wieder aktiviert werden, weil die zugrunde liegende „Notstandsgesetzgebung“ gesetzlich verankert wurde. Kritiker sehen darin einen gefährlichen Dammbreach, weil auf dieser Basis auch in Deutschland die Demokratie weitgehend ausgehebelt werden könnte. (eh)

## 3 Putins Zorn

Laut dem russischen Journalisten und Geheimdienstexperten Andrej Soldatow soll der offenbar nicht nach russischem Plan verlaufende Ukrainekrieg zu zunehmenden Verwerfungen zwischen Präsident Wladimir Putin und „seinen“ Geheimdiensten führen. Für viele Geheimdienstmitarbeiter stellt dies die ihnen bislang vertraute Welt auf den Kopf. Grundelement der bisherigen russischen Ordnung war nämlich eine große Macht und teilweise Vorzugsstellung der Geheimdienstler. Wenn es um Repressionen ging, waren sie das Hauptorgan des Kremls und im Gegenzug gab es eine weitreichende „geheimdienstliche Immunität“.

Doch diesmal ist vieles anders. Im Gegensatz zu früheren militärischen Aktionen (z.B. Krim oder Georgien) stehen viele der führenden Geheimdienstler diesmal nicht hinter Putin. Sie befürworten – auch das muß gesagt sein – wohl zum großen Teil den Krieg an sich, aber nicht die letztlich von Putin zu verantwortende Kriegsführung. Nun sind einige Geheimdienstgeneräle inhaftiert, was die „Schlapphüte“ insgesamt den mittelfristigen Verlust ihrer grundsätzlichen Immunität fürchten läßt. Ihre Loyalität speziell gegenüber Putin sinkt.

Auch die militärischen Generäle müssen sich zur Zeit fühlen wie auf dem Schleudersitz. Mehrere von ihnen wurden bereits entlassen, so auch der bisherige Vizechef der Nationalgarde, Roman Gawrilow. Offiziell wird ihm eine mangelnde Versorgung seiner Einheit – einer Spezialtruppe, die in der Ukraine kämpft – vorgeworfen. Tatsächlich soll Putin über die dabei erlittenen Verluste erzürnt sein. Der Präsident greift damit nicht nur den von ihm auserkorenen Feind an, sondern zunehmend auch seine eigenen Leute. Das belegt nur seinen Arger über den bisherigen Verlauf der „Aktion“, den er öffentlich natürlich niemals eingestehen würde.

Nach den bisherigen Erkenntnissen soll Putin ursprünglich erwogen haben, die Ukraine mit einigen gezielten Bombenabwürfen gefügig zu machen. Er dachte dabei an das Jahr 1999, als NATO-Bombenabwürfe u.a. auf Belgrad zum Sturz von Slobodan Milosevic führten. Einige gezielte Bombenabwürfe auf ukrainisches Territorium sollten doch auch jetzt ausreichen, um Wolodymyr Selenskyj aus dem Land zu jagen, dachte Putin sinngemäß. Doch Geheimdienst und Militärs dürften ihm dann suggeriert haben, daß es mit einem „geringfügigen“ Bodentruppeneinsatz auch noch einfacher ginge. Schließlich sei die Ukraine doch gar kein richtiges Staatesgebilde, hieß es dabei immer wieder, und Russlands Agenten gingen fast einstimmig davon aus, daß die ukrainische Armee schon vor der ersten Bewährungsprobe in sich zusammenfallen würde. So, wie man es seinerzeit bei der von den USA aufgebauten Armee in Afghanistan beobachten konnte. Und auch bei der Annexion der Krim, hieß es weiter, habe es doch kaum eine Gegenwehr gegeben.

Nun läuft für Russland vieles anders als „versprochen“ und Putins Wut darüber dürfte eher noch zunehmen! (tb)

## 4 Putins „Rohstoff-Dorado“

Erst vor vier Jahren wurde im Rahmen einer Verlautbarung der Schweizer Botschaft in Moskau bekannt, daß Russland rund 80 % seines weltweiten Rohstoffhandels finanziell über dazu in der Eidgenossenschaft gegründete Firmen abwickelt. Das Handelsvolumen war und ist erheblich – es spülte über Jahre mehr Geld in die schweizerischen Kassen als z.B. die Tourismusbranche. Und Moskaus Rohstoffhändler hatten dort ihre Ruhe: Die Steuern sind niedrig, die staatliche Aufsicht im Rohstoffbereich ist nicht sehr ausgeprägt, man war vielen internationalen Finanzzentren sehr nahe und eine hohe politische Stabilität gab und gibt es obendrein.

Aktuell nimmt in der Schweiz aber die Diskussion über die Frage zu, wie lange und in welchem Umfang diese russische Tätigkeit auf schweizerischem Boden noch geduldet werden soll. Mit der Crédit Suisse und der Société Générale kündigten jetzt die ersten schweizerischen Großbanken an, für die Finanzierung neuer Rohstoffgeschäfte russischer Firmen nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Dies und der Hinauswurf einiger russischer Banken aus dem internationalen Swift-Abrechnungssystem erschweren den russischen Rohstoffhandel zwar seit einigen Wochen, führten bisher aber nicht zu dessen Erliegen. Inzwischen fordern die ersten Organisationen, den Rohstoffhandel einer der Finanzaufsicht ähnelnden, strengen Überwachung zu unterwerfen. (tb)

## 5 **Ukrainekrieg könnte zu noch lockerer Geldpolitik führen**

EZB-Direktorin Isabel Schnabel hält für den Fall einer infolge des Ukrainekrieges einsetzenden, schweren Rezession ein Überdenken des von der Europäischen Zentralbank (EZB) angekündigten Stopps der Anleihekäufe für geboten: „Wir haben uns sozusagen das Türchen offengehalten, indem wir gesagt haben, wenn wir jetzt aufgrund der Ukrainekrise in eine schwere Rezession kommen, dann muß man das nochmal überdenken.“

Die EZB hatte auf ihrer jüngsten „Zinssitzung“ Mitte März wegen der im Euroraum hochschießenden Inflation beschlossen, ihre milliarden schweren (und stets neues Geld produzierenden) Anleihekäufe bis zum Sommer vollständig zurückzufahren. Dann – und auch erst dann – wäre der Weg frei für eine tatsächliche Zinswende mit (zunächst leichten) Erhöhungen des Leitzinses, die in den USA die dortige Notenbank Fed bereits vollzogen hat.

Sollte es dagegen kriegsbedingt zu einer schweren Rezession und Verwerfungen auch auf den Finanzmärkten kommen, möchte Schnabel auch eine Wiederaufnahme der Anleihekäufe nicht mehr ausschließen. Die Rezessionsgefahr wird in hohem Maße von der Entwicklung der Energieversorgung in den nächsten Wochen abhängen, die Finanzmärkte selbst reagierten auf den Krieg bisher recht gelassen. (tb)

## 6 **EU-Schulden über „Aufbaufonds“ eingeführt**

Zukünftig sollen alle EU-Staaten je nach ihrer Finanzstärke für einen zuschuss- und kreditfinanzierten Fonds gemeinschaftlich haften. Mit 390 Milliarden Euro „Zuschüssen“ und 360 Milliarden Euro „Krediten“ soll ein 750 Milliarden Euro umfassender „Aufbaufonds“ eingerichtet werden, über den das EU-Kommissariat in Brüssel weitgehend frei und eigenmächtig entscheiden können wird, sofern es sich dabei im Rahmen der von der weltweit größten Investmentgesellschaft „Black Rock“ noch zu formulierenden Verteilungsvorgaben bewegt. „Black Rock“ wird nämlich die Regeln vorgeben, unter denen die Gelder verteilt werden sollen und wird dann auch die technische Verteilung vornehmen. Ist es ein Zufall, daß „Black Rock“ selbst ausreichend Investmentmöglichkeiten hätte, um (gegebenenfalls über Umwege) praktisch das gesamte Geld für sich abziehen zu können?

Das besonders Dramatische an diesem „Aufbaufonds“ ist aber, daß damit ein Dammbbruch auf dem Weg zur Schuldenvergemeinschaftung in Europa verbunden ist. Erstmals werden in diesem Zusammenhang nämlich sogenannte Eurobonds ausgegeben, für die die europäischen Staaten gemeinschaftlich haften. Dies bedeutet, daß letztlich stets derjenige für die Kredite zahlen muss, der dies aus seiner eigenen Wirtschaftskraft heraus überhaupt noch kann. Dieser „Zahlmeister“ muss dann innerhalb der Gemeinschaft zusehen, wie er die nicht auf ihn entfallenden Anteile zurückbekommt. Damit wird genau jene „rote Linie“ überschritten, die das deutsche Bundesverfassungsgericht bei seiner Beurteilung der Rechtmäßigkeit der europäischen Verträge gezogen hatte („keine Schuldenvergemeinschaftung“).

Die europäische Praxis hat also zu einer Übertretung deutscher rechtsstaatlicher Grenzen geführt. Es wird interessant zu beobachten sein, ob dieser Unrechtszustand wieder einmal durch politisches Schweigen und auch ein Schweigen der Verfassungsgerichte unangetastet bleibt . . . (eh)

## 7 **Landtagswahl im Saarland: Schwieriger Einstand für Merz**

Bei der kürzlichen Landtagswahl im Saarland erlebte die CDU unter Ministerpräsident Tobias Hans ein regelrechtes Debakel und die von Anke Rehlinger angeführte SPD konnte die absolute Mehrheit erringen. In der Bundes-CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz sah man dieses Debakel kommen – im Regelfall mieden Bundespolitiker der CDU den kürzlichen Landtagswahlkampf wie sonst nur der Teufel das Weihwasser.

Bei der vorhergehenden Landtagswahl im Jahr 2017 errang Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) einen beachtenswerten Sieg, was in letzter Konsequenz auch den damaligen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz stracheln ließ. Man blickt in der Union deshalb jetzt nicht zuletzt in Kiel und Düsseldorf (wo sich im Mai noch CDU-Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl behaupten müssen) mit gewisser Sorge nach Saarbrücken. Diese Sorge scheint nicht unberechtigt zu sein, doch gleichzeitig sei auf drei „saarländische Besonderheiten“ verwiesen, ohne die es für die SPD zumindest nicht zur absoluten Mehrheit gereicht hätte:

Erstens scheiterten die Grünen knapp an der 5%-Hürde, was rechnerisch der SPD beim Erringen der absoluten Mehrheit half. Ihnen hing noch die Blamage im Vorfeld der letztjährigen Bundestagswahl an, bei der ein Streit um die parteiinterne Frauenquote zu einem veritablen Führungsstreit ausartete, in dessen Folge die Wahlliste für die Bundestagswahl nicht rechtzeitig aufgestellt wurde und im Saarland eine grüne Wahlteilnahme verhinderte. Im Vorfeld der aktuellen Landtagswahl hatte sich zweitens die Linkspartei unter ihrer Führungsfigur Oskar Lafontaine zerlegt. Viele „Links-Stimmen“ gingen deshalb wieder zur SPD. Und für die FDP, das sei drittens kurz angemerkt, war und ist das Saarland schon immer ein „schwieriges Terrain“. (tb)

## 8 **Keine „Flüchtlings-Registrierung“**

Geht es um die Belegung einer Notunterkunft, steht im deutschen Katastrophenschutz die möglichst umgehende Registrierung aller aufzunehmenden Personen an erster Stelle. Im Idealfall soll deshalb die Registrierungsstelle im Eingangsbereich liegen und nicht zu umgehen sein. Die Registrierung dient sowohl dem Schutz der Einrichtung selbst als auch der späteren Möglichkeit, über den Verbleib einzelner Menschen Nachforschungen anzustellen. Damit die deutschen Behörden auch wüßten, „wer zu uns kommt“ und damit Schleuser, Menschenhändler und andere Straftäter die gegenwärtige Lage nicht für ihre kriminellen Zwecke ausnutzen können, forderte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) die Bundesregierung auf, für eine erkennungsdienstliche Überprüfung und Registrierung auch aller aus der Ukraine ankommenden Flüchtlinge zu sorgen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lehnte dies umgehend ab. Schließlich gebe es in den grenzüberschreitenden Zügen Passkontrollen. Daß es diese bei den per PKW oder Omnibus einreisenden Flüchtlingen nicht in jedem Fall gibt, stritt Faeser im übrigen nicht ab, aber sie zeigte auch keine Bereitschaft, hier für Abhilfe zu sorgen. (tb)

## 9 Weniger Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe

Mittlerweile ist die von Ursula von der Leyen angestrebte „Great Reset“-Politik in der Realwirtschaft angekommen: Die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland ist zurückgegangen. Weil das verarbeitende Gewerbe als Rückgrat der Wirtschaft angesehen werden kann, sehen etliche Fachleute in dieser Entwicklung den Auftakt zur Rezession in Deutschland und damit für ganz Europa. Hinzu kommen noch Lieferkettenprobleme, sanktionsbedingte Markteinschränkungen sowie eine Abgabepolitik, die im Wettbewerb kaum noch aufholbare, künstlich erzeugte Wettbewerbsnachteile hervorrufen. Kurzum: Die „Great Reset“-Politik drückt die deutsche Realwirtschaft in die Rezession, wie es sich mittlerweile eben auch in den ersten Zahlen zeigt. Der „Great Reset“ nimmt Fahrt auf. (eh)

## 10 US-Handelsbilanzdefizit auf Rekordhoch

Einen traurigen Rekord haben die USA mit ihrem Handelsbilanzdefizit von 859 Mrd. Dollar für das Geschäftsjahr 2021 verkünden müssen. Alleine 355 Milliarden (plus 45 Mrd. gegenüber Vorjahr) entfallen auf China und etwa 220 Milliarden (plus 35 Mrd.) auf die EU. Innerhalb der Europäischen Union ist es vor allem Deutschland, das seinen Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA ausbauen konnte.

Das Handelsbilanzdefizit war so lange problemlos, wie die Welt US-Dollar in praktisch unbegrenzter Menge als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel akzeptierte. Doch dies hat sich geändert, seitdem China seine umfangreichen Dollarguthaben über den sogenannten Zweitmarkt an Dritte weiterzureichen versucht. Ein wachsender Teil dieser internationalen Dollarbestände findet dadurch bereits seinen Weg zurück in die USA, wo er ein zusätzliches Problem auslöst, indem er aktuell das Inflationspotenzial in einem noch nie dagewesenen Ausmaß anheizt.

Kann ein Land sein anhaltendes Außenhandelsdefizit nicht mehr in der eigenen Währung finanzieren, drohen ihm erhebliche Wohlstandsverluste, und genau vor diesem Problem stehen derzeit die USA. Die lehrbuchmäßigen Reaktionen könnten nun in einer Abschottung der eigenen Wirtschaft vor nachteiligen Auslandseinflüssen durch Sanktionsmaßnahmen oder in dem Verkauf eigener Güter (vorzugsweise Bodenschätze) zu hohen Preisen in das Ausland liegen. Beides ist eingeleitet, denkt man nur an die – durchaus plausibel erscheinenden – Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und die sich jetzt ergebende Chance, verflüssigtes Fracking-Erdgas in großen Mengen nach Europa liefern zu können. Es muß daher erlaubt sein festzustellen, daß die offiziell ausschließlich gegen Russland gerichteten Sanktionsmaßnahmen nicht nur den Kreml treffen werden, sondern grundsätzlich geeignet sind, auch zur Lösung der US-amerikanischen Außenhandelsprobleme auf Kosten anderer beizutragen.

Eine ähnliche „Zweitwirkung“ entfalten im Übrigen auch die gegenüber der Volksrepublik China erlassenen Sanktionen bzw. Strafmaßnahmen wie z.B. das Verbot, leere Container per Schiff nach China zurückzubringen (wo sie fehlen). Sie alle dienen zweifelsohne nicht nur dem eigentlich vorgegebenen Zweck. Sie sind ganz offenkundig auch der verzweifelte Versuch, das bisher eher noch wachsende US-Handelsbilanzdefizit einzugrenzen, das auf diese Weise zu einem Problem fast der ganzen übrigen Welt geworden ist. (eh)

## 11 Gold, Geld, Wohnungsbesitz

Angesichts der weltpolitischen Lage ist eine möglichst breite Diversifizierung bei der Geldanlage ange ratener denn je. Gestatten Sie deshalb bitte die folgenden kurzen Hinweise bzw. Informationsangebote:

Der Besitz bzw. auch noch der Erwerb physischen Goldes sind auch angesichts des gegenwärtigen Goldpreises wichtig. Die Goldanlage darf dabei nicht unter spekulativen Gesichtspunkten gesehen werden, sondern einzig und allein unter dem Aspekt einer Absicherung für den absoluten Notfall. Die Goldanlage (nur in physischer Form!) sollte 5 % bis 10 % des Gesamtvermögens ausmachen. Gold kann am besten über die Niederlassungen renommierter Händler wie Degussa oder Pro Aurum erworben werden.

Wer mindestens dreißig- bis fünfzigtausend Euro einsetzen kann, sollte über eine zusätzliche Verbindung zu einer schweizerischen Bank nachdenken. Auf Wunsch teilen wir unseren Lesern gerne rein nachrichtlich mit, zu welchem grenznah gelegenen Institut unser Haus seit Jahrzehnten eine von gegenseitiger Wertschätzung getragene Geschäftsbeziehung unterhält. Bitte, senden Sie bei Interesse einen an Sie adressierten und mit 0,95 € frankierten Rückumschlag an die Redaktion in D-78266 Büsingen. Wir teilen Ihnen gerne den Namen der Bank mit und fügen einen kleinen Stadtplan bei. Anfragen per Telefon (0 77 34/60 61), Fax (0 77 34/71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) werden ebenfalls gerne schriftlich beantwortet, dann aber ohne Stadtplan.

Wer in bezahlbare und fest vermietete deutsche Wohnimmobilien investieren möchte, ohne die mit z.B. dem Erwerb einer einzelnen Eigentumswohnung einhergehenden Risiken und Aufgaben zu übernehmen, kann über eine Beteiligung an einem auf hohe Sicherheit und Fairness gegenüber Anlegern und Mietern ausgerichteten Fonds nachdenken. Auf Wunsch stellen wir gerne einen völlig unverbindlichen Kontakt zu einem seriösen Vermittler her, der Sie unter strikter Beachtung der jetzt geltenden Rechts- und Formvorschriften informieren wird. Wir bitten bei Interesse Ihrerseits um eine kurze und formlose Zuschrift (Brief, Fax oder Mail) an die Redaktion in Büsingen. Die genauen Kontaktdaten entnehmen Sie bitte dem vorhergehenden Absatz – vielen Dank! (tb)

## 12 Für Sie aufgelesen:

„Liebes, der Krach von gestern tut mir leid. Bitte lass uns den Mantel des Vergessens darüberbreiten.“  
– „In Ordnung. Einen Nerz, vielleicht?“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.